

IN KÜRZE

Verrückte, Aufreisser und Häusliche

ATLANTA – Unter dem Motto «Liebe im Zoo» weist der Tierpark von Atlanta seine Besucher am Valentinstag in das Paarungsverhalten von Tieren ein. Zur Führung, Lesung und einer Party würden heute hunderte Gäste erwartet, teilte eine Zoosprecherin mit. «Es ist Wissenschaft und es macht einfach Freude», sagte Nicole Johnson von der Marketing-Abteilung des Zoos. Nach Ansicht von James Ballance, der sich in einem Vortrag mit dem Thema auseinandersetzen wird, kann das Paarungsverhalten der Tiere urkomisch sein. Vögel zum Beispiel seien vollkommen verrückt. Manche seien wahre Aufreisser und würden viele allein erziehende Mütter hinterlassen. Aber es gebe auch Typen, die erst ihr Haus bauen würden, bevor irgendetwas laufen würden.

Klage gegen Präsident Bush

BOSTON – Eine Gruppe US-Soldaten, Eltern von Soldaten und sechs Kongressabgeordnete haben am Donnerstag in Boston Klage gegen Präsident George W. Bush eingereicht. Darin wird eine einstweilige Verfügung gegen Bush und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld gefordert, die diese daran hindert, Irak anzugreifen. Zur Begründung erklärten die Kläger, eine im Oktober vom Kongress verabschiedete Resolution habe nicht ausdrücklich den Kriegsfall erklärt und überlasse die Entscheidung unrechtmässig Bush. Der zu den Klägern zählende Abgeordnete John Conyers, ein Demokrat aus Michigan, zitierte aus Artikel I, Absatz 8 der US-Verfassung: «Der Kongress hat das Recht, Krieg zu erklären». «Verstanden? Nur der Kongress», sagte Conyers in einer Pressekonferenz in Washington. Eine ähnliche Klage von 54 Kongressmitgliedern vor dem vergangenen Golfkrieg gegen Bushs Vater, dem damaligen Präsidenten George Bush, wurde im Dezember 1990 von einem Bundesrichter abgewiesen.

Misstrauensantrag gegen Frankreichs Premier Raffarin

PARIS – Frankreichs Premierminister Jean-Pierre Raffarin sieht sich mit dem ersten Vertrauensvotum seiner gut achtmonatigen Amtszeit konfrontiert. Der Misstrauensantrag wurde am Donnerstag von den linken Oppositionsparteien in der Nationalversammlung eingebracht. Auslöser ist der Plan Raffarins und seiner rechts-bürgerlichen Regierungspartei UMP, bei den Regional- und Europawahlen höhere Hürden für kleine Parteien zu errichten. Die Abstimmung über das Misstrauensvotum ist für Samstag geplant. Diese Reform will Raffarin ohne Abstimmung über die 12 000 eingebrachten Änderungsanträge durchs Parlament bringen; dazu gibt ihm die französische Verfassung formal auch das Recht. In ihrem Misstrauensantrag beklagen die Oppositionsparteien, die geplante Wahlrechtsänderung würde «die politische Vielfalt Frankreichs verleugnen» und zu einem Zwei-Parteien-System führen.

Verschonung beantragt

DEN HAAG – Der serbische Ex-Präsident Milan Milutinovic hat beim UNO-Tribunal in Den Haag Verschonung von der Untersuchungshaft beantragt. Der 60-Jährige ist wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen angeklagt. Milutinovic hatte sich am 20. Januar dem Tribunal gestellt. Mit seinem Antrag folgte er dem Beispiel seiner beiden Mitangeklagten, des früheren stellvertretenden jugoslawischen Ministerpräsidenten Nikola Sainovic und des einstigen Generalstabschefs Dragoljub Ojdanic. Das Gericht hat gestern eine Anhörung zu den Anträgen für den 11. März festgesetzt. Bis dahin soll auch ein vom Gericht in Auftrag gegebenes Gutachten über den Gesundheitszustand vorliegen.

Vorwürfe weiter verstärkt

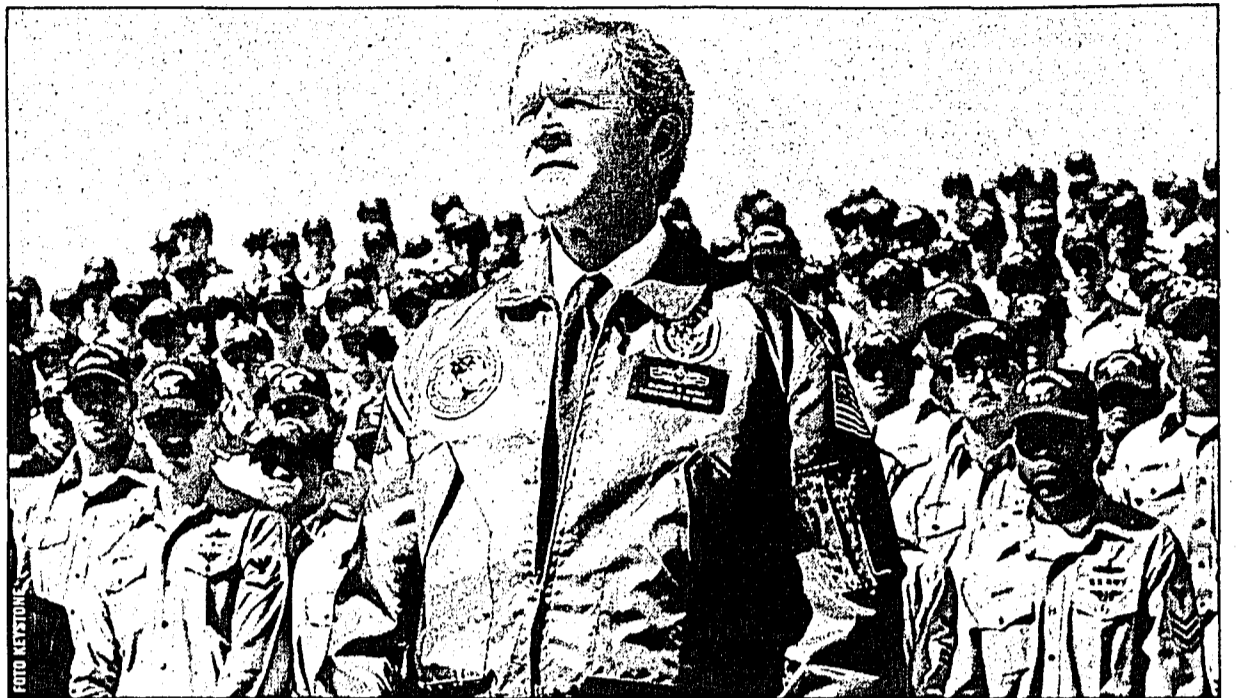
Bericht über verbotene Raketen verstärkt Vorwürfe gegen Irak

NEW YORK/BAGDAD/GENF – Einen Tag vor der möglicherweise entscheidenden Sitzung des UNO-Sicherheitsrats zur Irak-Krise hat ein Bericht über verbotene irakische Raketen Vorwürfe gegen Bagdad weiter verstärkt.

Sollten sich diese Informationen bestätigen, handle es sich um eine «Verletzung der UNO-Resolution 1441», sagte der britische Premierminister Tony Blair gestern in London. Laut einem UNO-Expertenbericht verfügt Irak über Raketen mit einer Reichweite von mehr als den laut UNO-Bestimmungen erlaubten 150 Kilometern. Iraks Vize-Regierungschef Tarik Asis wies dies zurück. Die Reichweite der irakischen Raketen entspreche der vor UNO gesetzten Grenzen, sagte Asis zu Beginn eines viertägigen Besuchs in Rom. Zugleich forderte er mehr Zeit für die UNO-Waffeninspektoren.

Russland: Kein Verstoss

US-Präsident Bush forderte den Sicherheitsrat am Vortag der neuen Berichts der UNO-Waffeninspektoren auf, im Irak-Konflikt Mut und Rückgrat zu zeigen. Bush bekräftigte vor Soldaten auf einem Marine-Stützpunkt in Jacksonville (Florida) die Entschlossenheit der USA, notfalls militärisch gegen Irak vorzugehen. Im Sicherheitsrat wollten die Chefinspektoren Hans Blix und Mohammed el Baradei



US-Präsident Georges Bush bekräftigte vor Soldaten auf einem Marine-Stützpunkt in Jacksonville die Entschlossenheit der USA, notfalls militärisch gegen Irak vorzugehen.

heute ihren neuen Zwischenbericht vorlegen. Die USA und Grossbritannien wollten anschliessend entscheiden, ob sie dem Rat in den nächsten Tagen eine Resolution vorlegen, mit der militärische Massnahmen gegen Bagdad gebilligt werden sollen.

Friedliche Lösung gesucht

Von den drei anderen Veto-Mächten Frankreich, Russland und China wird erwartet, dass sie sich am Freitag gemeinsam mit nicht-ständigen Ratsmitgliedern nochmals für die weitere Suche nach

einer friedlichen Lösung einsetzen.

Auf unbestimmte Zeit

Der NATO-Rat hat gestern seine Beratungen zu den Planungen für eine militärische Unterstützung der Türkei im Falle eines Irak-Kriegs auf unbestimmte Zeit verschoben. Bei den Konsultationen habe man festgestellt, dass Fortschritte in einer formalen Sitzung derzeit nicht zu erwarten seien, sagte NATO-Sprecher Yves Brodeur in Brüssel. Deutschland, Frankreich und Belgien hatten seit Tagen die NATO-Entscheidung blockiert. Sie

lehnen Kriegsplanungen als falsches Signal ab, solange nicht alle diplomatischen Mittel zur friedlichen Lösung des Irak-Konflikts ausgeschöpft seien.

Expertenkonferenz in Genf

Am Wochenende findet in Genf unter Schweizer Ägide eine humanitäre Expertenkonferenz zu Irak statt. Alle eingeladenen internationalen Organisationen sowie 27 Länder haben ihre Teilnahme zugesagt. Die USA haben abgesagt. Von Deutschland und Japan stand die Antwort noch aus.

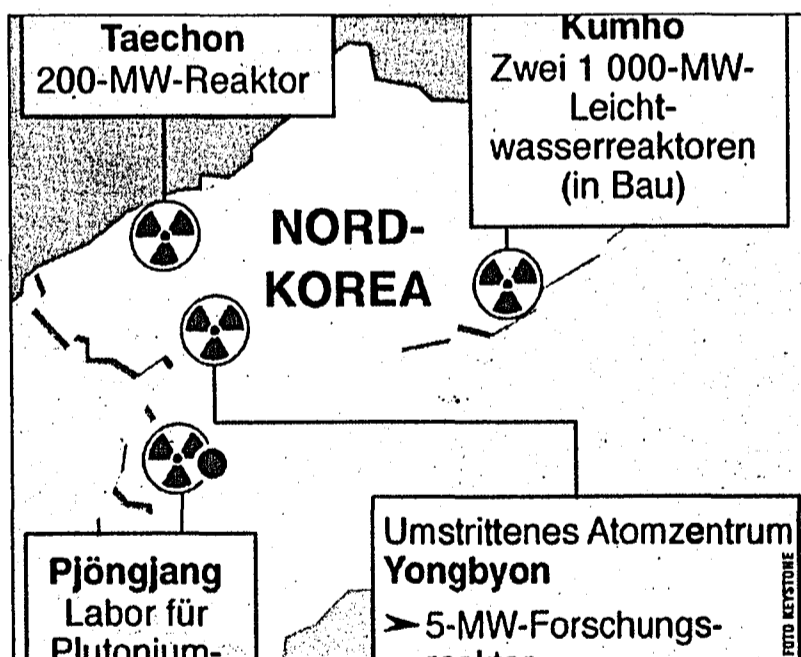
Kriegsdrohung aus Nordkorea

Pjôngjang droht nach Anrufung des UNO-Sicherheitsrats mit Krieg

PJÔNGJANG/WASHINGTON – Nordkorea hat den USA nach der Anrufung des UNO-Sicherheitsrates im Atomstreit mit Krieg gedroht. Länder, die an die koreanische Halbinsel angrenzen, würden zwangsläufig in einen Krieg verwickelt.

Wenn Nordkorea sich verteidigen müsse, sei seine Armee in der Lage, «jeden Militäranghörigen und jeden Militärposten der USA» zu erreichen, sagte ein ranghoher Beamter des nordkoreanischen Ausenministeriums gestern.

Die US-Regierung begrüsst die Entscheidung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vom Mittwoch, den Streit um das nordkoreanische Atomprogramm an den UNO-Sicherheitsrat zu verweisen. Regierungssprecher Ari Fleischer sagte, Washington hoffe auf



eine «multilaterale Lösung» der Krise mit Pjôngjang. Südkorea appellierte an den Sicherheitsrat, zur Entschärfung des Konflikts bei-

zutragen. In China wurde der Schritt der IAEA eher mit Skepsis aufgenommen. China will den Streit um Nordkorea aus dem

höchsten UNO-Gremium heraushalten. Die Sprecherin des Ausenministeriums in Peking, Zhang Qiyue, sagte, es sei jetzt «nicht der richtige Zeitpunkt» für die Einschaltung des UNO-Sicherheitsrates. China lehne grundsätzlich «Sanktionen beim kleinsten Anlass» und Druck in internationalen Konflikten ab, sagte die Sprecherin weiter. Der Schlüssel und der «einzige Weg» für die Lösung des Problems liege in direkten Gesprächen zwischen den USA und Nordkorea, wie sie auch von Pjôngjang gefordert werden.

IAEA-Chef Mohamed ElBaradei erklärte, kein Mitglied der Behörde habe Sanktionen gegen Nordkorea verlangt. «Die Botschaft heute lautet, dass wir den Sicherheitsrat und all dessen Möglichkeiten nutzen wollen, um eine diplomatische Lösung zu finden.»

«Eine Schande für das Rechtssystem»

Israel empört über Gerichtsentscheid zu Sharon-Anklage

JERUSALEM/BRÜSSEL – Israel hat mit Empörung auf das Urteil des höchsten belgischen Gerichts reagiert, wonach Ministerpräsident Ariel Sharon nach seiner Amtszeit wegen des Massakers von Sabra und Schatila angeklagt werden kann.

Staatspräsident Mosche Katzav sprach Belgien in einem Brief an König Albert gestern das «moralische Recht ab», israelische Poli-

ker und Offiziere anzuklagen. Ausenminister Benjamin Netanjahu hatte bereits am Mittwoch Israels Botschafter in Brüssel zu Konsultationen nach Jerusalem zurückbeordert. Das Gericht in Brüssel hatte am Mittwoch entschieden, dass Sharons diplomatische Immunität eine Anklage wegen seiner Rolle im Zusammenhang mit dem Massaker von 1982 in Beirut verhindert. Den Angehörigen der Opfer wird es jedoch frei gestellt, den fast 75-Jährigen nach Beendigung sei-

ner Amtszeit erneut anzuzeigen.

Gefährlicher Präzedenzfall

Mit ihm müssen zahlreiche israelische Politiker und Offiziere mit Anklagen in Brüssel rechnen. Israels Justizminister Meir Schitrit nannte es «inakzeptabel, dass diese kleine und unbedeutende Nation nun der Richter für die ganze Welt sein soll». Dies sei «eine Schande für das Rechtssystem in diesem Land». Der damalige Befehlshaber der israelischen Armee in Beirut,

Amos Jaron, der ebenfalls mit einer Anklage rechnen muss, nannte das Urteil «politisch, gefährlich, und sehr ernst».

Hoffnung für alle Opfer

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch dagegen begrüsst die Entscheidung der belgischen Justiz. Das Urteil sei nicht nur ein grosser Sieg für die Opfer der Massaker von Sabra und Schatila, sondern für alle Opfer schwerer Verbrechen.